

Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas.

Von Gustav Schmoller.

(Siehe Nummer 18532, 18539 und 18546 der „Neuen Freien Presse“ vom 25. März, 2. und 9. April.)

Berlin, im April.

8.

Mit dem politischen Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn und der Zoll- und Handelsannäherung beider Reiche ist das hier zu erörternde Problem nicht erschöpft. Alle Welt spricht in beiden Reichen von mehr: von dem künftigen Weltreiche, das man Mitteleuropa nennt, das heißt von der politischen und wirtschaftlichen Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten, besonders Bulgariens und Rumäniens, an beide Reiche, von dem großen Blocke, der von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen reichen soll.

So natürlich heute solche Gedanken sind, so sehr der heutige Weltkrieg und die einseitige Politik Russlands und Englands hauptsächlich sie gefördert haben, so schwierig sind sie doch in der praktischen Ausführung, wenigstens soweit die Pläne über die politische Einigung hinaus bis zur wirtschaftlichen Annäherung oder gar zur Zollunion gehen. Und wenn schon Deutschland und Oesterreich-Ungarn heute nicht bis zur Zollunion kommen, so werden die Balkanstaaten es um so weniger vermögen. Auch daß gegenüber drei selbständigen Partnern auf deutsch-österreichisch-ungarischer Seite, auf der anderen

ebenfalls mindestens drei (Türkei, Rumänien, Bulgarien, eventuell auch Griechenland, Serbien und Montenegro) stehen, mit getrennten Interessen, erschwert natürlich die Gemeinschaftsbildung sehr. Aber all das schließt besondere Zollbegünstigung, gemeinsame Verkehrspolitik und ähnliches doch nicht ganz aus.

Bulgarien und Rumänien sind die nächsten Nachbarn Oesterreich-Ungarns, wenn wir von Serbien absehen. Man hat in Wien und Budapest eine Zeitlang geglaubt, man könne Rumänien und Bulgarien zwingen, recht viel österreichische Waren zu kaufen, ohne ihnen entsprechende Werte abzunehmen. Zahlreiche Zollkriege entstanden daraus. Als Folge ergab sich eine erhebliche Zunahme der deutschen Einfuhr in den Donaufürstentümern auf Kosten der österreichisch-ungarischen, wodurch auch erhebliche Interessengegenstände zwischen beiden Zentralmächten entstanden. Der Anteil der österreichisch-ungarischen Einfuhr an der rumänischen sank 1876 bis 1880 von 51,4 Prozent auf 24,6 Prozent in den Jahren 1906 bis 1910, während die deutsche gleichzeitig von 8,8 Prozent auf 33,9 Prozent stieg. (Rottmann: „Zur Frage einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mitteleuropa und Rumänien.“ Schriften des Vereines für Sozialpolitik, 155, II., S. 482.) All das erschwert auch heute noch gemeinsame zollpolitische Verhandlungen der Zentralmächte mit Rumänien und Bulgarien. Immer fehlt es in diesen beiden Balkanstaaten nicht an entschlossenen und mächtigen Freunden des großen Planes eines zentral-europäischen Handelsreiches von der Schelde bis zur Euphratmündung; so ist der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ein solcher. Aber diesen Elementen stehen auch bedeutende Feinde der Annäherung gegenüber. Alle Russophilen in beiden Staaten suchen um jeden Preis die handelspolitische Annäherung an Mitteleuropa zu hindern. Sie sehen in weitgehenden Zollannäherungen der Donaufürstentümer an die Zentralmächte eine germanische Erdrosselung der ersteren. Außerdem stehen gewisse eigene Wirtschaftsinteressen der beiden Balkanstaaten dem Handelsbund mit Mitteleuropa entgegen. Rumänien hat schon eine erhebliche eigene Industrie durch Schutzzölle geschaffen; die liberale Partei hat diese Politik ins Leben gerufen und wird sie weiter verteidigen. Bulgarien ist im Begriff, ähnliches zu tun; noch dieser Tage sagte mir ein bulgarischer hoher Beamter: „Wir müssen uns durch Schutzzölle eine eigene Industrie schaffen, wir können nicht im alten Handwerk stecken bleiben.“ So stellen sich beide Staaten auf die Hinterfüße, wenn man ihnen zu aufdringlich sagt: steigert eure Rohproduktion, führt Rohprodukte nach Mitteleuropa und nehmt dafür unsere Fabrikate. Immer aber ist auch da ein arbeitsteiliger Ausgleich der Interessen möglich, man muß nur einen mäßigen Zollschutz für gewisse Gewerbe den Balkanstaaten lassen und kann daneben für andere eine Erleichterung der Einfuhr doch erhalten und so für die Ausfuhr ihrer Rohprodukte eine Bezahlung durch zentral-europäische Manufakturen ermöglichen. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten mit den Zentralmächten und der Türkei sind sehr erhebliche. Bulgarien hat jetzt schon mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Türkei doppelt so großen Handel als mit den Staaten des Bierverbandes. Die deutsche Einfuhr in Rumänien machte 1912 37,69 Prozent der Gesamteinfuhr aus.

Die Türkei hatte bis jetzt eine veraltete rein fiskalische Zoll- und Handelsverfassung; sie hat noch weniger Industrie als Rumänien und Bulgarien. Der letztere Staat hatte bisher einen großen Absatz von Rohstoffen und einfachen Gewerbeprodukten nach Konstantinopel. Mit der Modernisierung des türkischen Staates wird die Verwaltung naturgemäß auch ihre wichtigsten Gewerbe selbst durch Schutzzölle entwickeln wollen. Damit kommt aber wieder die Türkei in Interessenkonflikte mit ihren nächsten Nachbarn, wie mit ihren mitteleuropäischen Protektoren. Sie kann so zukünftig die Lösung: „Rohstoffe gegen Fabrikate“ auch nicht bedingungslos annehmen. Der Abschluß von Verträgen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn über weitgehende gegenseitige Zollbegünstigungen wird deshalb mancherlei Klippen zu umschiffen haben. Aber unmöglich ist er doch keineswegs. Nur muß langsam, vorsichtig vorgegangen werden. Die zentral-europäische